

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Guter Tag für Städte und Gemeinden	3
<i>Landtag billigt mit großer Mehrheit Verfassungsänderung</i>	
Türkischer Parlamentspräsident zu Besuch im Landtag	3
Finanzspritze soll Hochschulen fit machen	4
Hochschulreform wird fortgesetzt	5
Mehr Wettbewerb bei der Bildung	6
Konjunkturelle Probleme wirken sich auf den NRW-Haushalt aus	7
Jahresbericht des Landesrechnungshofs	7
Mehr Wettbewerb und Kundennähe	8
<i>Abgeordnete verlangen von der Bahn AG mehr Qualität auf der Schiene</i>	
Flughafenbahnhof Köln/Bonn	8
Referendum über die EU-Verfassung	9
Wort und Widerwort	10
<i>Wie viele Subventionen kann sich unser Land noch leisten?</i>	
Datenschutz in NRW	11
Die Bedeutung des Grundrechts ist gestiegen	11
Sicherheit und Bürgerrechte: „Kein Widerspruch“	12/13
<i>Interviews mit den innenpolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
Politisch motivierte Kriminalität in NRW	13
„Menschen statt Mauern“	14
<i>Erfolgreiche Arbeit mit kriminellen Kindern</i>	
Bericht der Mittelstandsbeauftragten	15
Land trifft Vorsorge für Zahlungen an Pensionäre	16
Dramatische Entwicklung für Landeshaushalt	16
Parlamentarischer Untersuchungsausschuss	16
Gerichtsvollzieher: Beruf im Wandel	17
Aktuelles aus den Ausschüssen	18
Förderunterricht fortführen	19
Borkenkäferplage in Wäldern des Landes	19
WestLB im Dialog	20
<i>Eine Bank ändert ihre Standards in der Projektbeurteilung</i>	
Das stete Fortschreiten der Digitalisierung	21
Aus den Fraktionen	22
Porträt der Woche: Helga Schwarz-Schumann (SPD)	23
Fußball kulinarisch	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Die Ängste ernst nehmen

Monatelang wurde verhandelt. Das neue Zuwanderungsgesetz will die Arbeitsmigration, die Integration und das humanitäre Flüchtlingsrecht regeln. Aber auch gewährleisten, dass sich die Menschen sicherer fühlen. Seit den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA herrscht vielerorts ein Gefühl von Unsicherheit. Ein Empfinden, das sich nicht unbedingt durch massiv ansteigende Kriminalitätszahlen begründen lässt. Doch auch der nordrhein-westfälische Innenminister erklärte nach dem Anschlag von Madrid im Frühjahr, dass die „Gefährdungslage in NRW leicht erhöht“ sei. Alle Sicherheitsbehörden gingen davon aus, dass Deutschland auch Ziel von Anschlägen islamistischer Terroristen werden könnte.

STRAFTATEN

Wenn man auf die Fakten schaut, ist beispielsweise die politisch motivierte Kriminalität in NRW leicht zurückgegangen. Laut Verfassungsschutzbericht 2003 gab es 2.883 politisch motivierte Straftaten in NRW, das sind 47 Fälle weniger als im Vorjahr. Erfolgreich präsentiert sich das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten, dagegen stieg die Zahl der rechtsextremistischen Taten an. Dagegen verliert der Linksextremismus in NRW – laut Innenministerium – zunehmend an Bedeutung.

Doch wie begegnet man der Gefahr? Bundesinnenminister Schily wollte die selbstständigen Landeskriminal- und Verfassungsschutzämter auflösen und stattdessen in Berlin zentralisieren. Das wollen die Länder nicht, NRW auch nicht. Entscheidend ist vielmehr, wie effektiv die Sicherheitsbehörden miteinander arbeiten. Ein Netzwerk muss her, um den Terrorismus zu bekämpfen, um damit die innere Sicherheit zu gewährleisten.

GEFAHR

Denn keiner möchte beim morgendlichen Brötchenholen der Gefahr ausgesetzt sein, überfallen zu werden. Der Ruf nach Sicherheit und Ordnung ist nun mal ein elementares Bedürfnis. Und die sich seit dem 11. September 2001 ausbreitende Sicherheitspanik, beschert der Gesellschaft dieses Gefühl der diffusen Unsicherheit. Da kann Politik nur eines machen: die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. **SH**